



Nachhaltigkeitsbericht 2006 der Stadt Rheinberg

Zielvereinbarung für eine nachhaltige Stadtentwicklung



Impressum

Herausgeber:

Stadt Rheinberg
Der Bürgermeister
Kirchplatz 10
47495 Rheinberg
Tel. 02843/171-0
www.rheinberg.de

Verantwortlich und Ansprechpartner:

Jens Harnack
Team Stadtmarketing/ Stabstelle Nachhaltigkeit
Tel. 02843/171 493
jens.harnack@rheinberg.de



Danksagung

Diese Erstausgabe des Nachhaltigkeitsberichts der Stadt Rheinberg wäre ohne das Mitwirken und die tatkräftige Unterstützung in Form von einem Engagement in den 6 offenen Perspektivwerkstätten, der Erarbeitung des Stadtentwicklungskonzeptes, der Bereitstellung von Daten, der Datenaufbereitung, inhaltlicher Diskussion sowie Korrekturlesen durch nachfolgende Personen, Gruppen und Institutionen nicht möglich gewesen.



Dafür herzlichen Dank!

- allen ca.150 Teilnehmern an den 6 Perspektivwerkstätten im Zeitraum September 2002 bis Juli 2003
- den 6 Moderatoren der Perspektivwerkstätten
- den Teilnehmern an den 8 Workshops zur Erarbeitung des Stadtentwicklungskonzeptes 2030+ im Zeitraum September 2003 bis März 2004
- dem Rat der Stadt Rheinberg für den einstimmigen Beschluss des StEK 2030+
- den Mitgliedern der bürgerschaftlichen Lenkungsgruppe Stadtentwicklung 2030+ (Peter Broks - Firma DESOWAG, Brigitte Devers - CDU, Heike Finmans-Göbel - Kath. Kindergarten Orsoy, Klaus-Dieter Henne – I. Beigeordneter, Michael Hoffmeister – Mittelstandstandsvereinigung, Heinz Kiel – Seniorenbeirat, Herbert Königs – Lokale Agenda 21, Gabi Krekeler - Grundschule St. Peter, Bernhard Kretschmer – Sportsportverband, Norbert Nienhaus – Stadtmarketing, Horst Rabe – Lokale Agenda 21, Hans Rennings und Bernd Spindler – Spektakel Rhein-

- berg, Hanna Sauter-Diesing – f.d. evangelischen Kirchengemeinden, Wolfgang Schmitz – f.d. katholischen Kirchengemeinden, Frank Tatzel – Werbegemeinschaft, Margit van Wesel – SPD)
- den Mitgliedern der Arbeitsgruppe des Rates „Erstausgabe des Nachhaltigkeitsberichts“ (Heinz-Dieter Bartels, Fritz Ettwig, Horst Geldermann, Katharina Hötte, Dagmar Krause-Bartsch, Jürgen Madry, Hans-Werner Sauer)
 - Verwaltungsvorstand und Fachbereichen
 - der Projektgruppe „Nachhaltigkeit in der Verwaltung“
 - der TUIV-Abteilung

Für die Bereitstellung von Daten:

der Handwerkskammer, der Industrie- und Handelskammer, dem Kreis Wesel, dem Landesamt für Daten und Statistik, dem RWE (Rheinisch Westfälische Elektrizitätswerke), der Volkshochschule

Dank gebührt aber vor allem der Rheinberger Politik für ihren Mut, sich der Verstetigung von Nachhaltigkeit bei der zukünftigen Stadtentwicklung zu stellen.

Grußwort

Liebe Bürgerinnen und Bürger Rheinbergs!



Sie halten den 1. Nachhaltigkeitsbericht für unsere Stadt in den Händen und fragen sich – zu Recht – was ist ein Nachhaltigkeitsbericht?

Ein Nachhaltigkeitsbericht soll die Stadtentwicklung für alle verständlich und transparent machen, und zwar für alle Handlungsfelder, die in einer Stadt zu bearbeiten sind. Der Bericht zeigt den derzeitigen Zustand unserer Stadt auf und nennt die gesteckten Ziele. Mit dem Bericht wird ein Instrument geschaffen, mit dem der Prozess einer zukunftsfähigen und lebenswürdigen Stadtentwicklung gesteuert werden kann. Dabei darf nachhaltige Entwicklung nicht statisch sein. Sie ist vielmehr eine positive Entwicklung und zudem ein dynamischer Prozess. Deshalb sind auch die Zielwerte nicht sklavisch zu verfolgen, wenn sich Rahmenbedingungen zu deren Ungunsten verändern, wenn diese von der Stadt nicht zu beeinflussen sind. Dennoch: Die im Nachhaltigkeitsbericht vorgegebene Richtung gilt es zu verfolgen!

Ich lade Sie, meine lieben Mitbürgerinnen und Mitbürger, persönlich und herzlich ein, sich für unsere Stadtentwicklung einzusetzen, sich einzumischen, konstruktive Kritik zu äußern und notfalls auch gegenzusteuern. Seien Sie ganz einfach mit dabei, wenn es um die Zukunft Rheinbergs geht.

Nun wünsche ich Ihnen eine gute Unterhaltung beim Lesen des ersten Nachhaltigkeitsberichts der Stadt Rheinberg und grüße Sie alle herzlich.

Ihr

A handwritten signature in dark ink, which appears to read "Hans-Theo Mennicken".

Hans- Theo Mennicken
Bürgermeister

Inhaltsverzeichnis

- S. 1 - Impressum und Danksagung
- S. 2 - Grußwort
- S. 3 - Inhaltsverzeichnis
- S. 4 - Zusammenfassung
- S. 6 - Grundlage
- S. 7 - Die Feinsteuern in der Verwaltung
- S. 8 - Wie ist der Nachhaltigkeitsbericht zu lesen?
- S. 8 - Die Handlungsfelder
- S. 8 - **Handlungsfeld A - Wirtschaft, Arbeiten und Wohnen**
- S. 8 - Indikator A 1 - Verhältnis von Arbeitsplätzen zu Erwerbsfähigen in Rheinberg in Prozent
- S. 9 - Indikator A 2 – Einzelhandelskennziffer (Kaufkraft und Umsatz)
- S. 10 - Indikator A 3 – Kontakte zu Betrieben und Einrichtungen
- S. 11 - Indikator A 4 - Anteil der Menschen, die Einrichtungen der Grundversorgung innerhalb von 10 Minuten Fußweg ab Wohnung nicht erreichen
- S. 12 - Indikator A 5 - Kfz-Fahrten je Tag gesamt im Stadtgebiet
- S. 13 - Indikator A 6 - Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsfläche pro Jahr in m²
- S. 14 - **Handlungsfeld B - Soziale Stadt**
- S. 14 - Indikator B 1 - Anteil der Hilfeempfänger an der Erwerbsbevölkerung
- S. 15 - Indikator B 2 - Anteil der Bürgerinnen und Bürger in den Ortsteilen in Prozent, die älter als 70 Jahre sind
- S. 16 - Indikator B 3 - Anzahl der aktiven Sportlerinnen und Sportler im Verhältnis zur Anzahl aktiver Übungsleiterinnen und Übungsleiter
- S. 17 - Indikator B 4 - Anteil aller nicht Deutschen an der Wohnplatzbevölkerung in Prozent
- S. 18 - **Handlungsfeld C - Erziehung und Bildung**
- S. 18 - Indikator C 1 - Anzahl der in Rheinberg angebotenen Ausbildungsplätze
- S. 20 - Indikator C 2 – Teilnehmer an Bildungsangeboten, aufgeschlüsselt nach Zielgruppen
- S. 21 - Indikator C 3 - Anzahl der Beratungsfälle beim Schulpsychologischen Dienst
- S. 21 - **Handlungsfeld D - Energie, Umwelt und Mobilität**
- S. 21 - Indikator D 1 - Energiebilanz städtischer Gebäude in kWh/m²
- S. 22 - Indikator D 2 – Installierte Leistung in kWp und Anzahl von Fotovoltaikanlagen
- S. 24 - Indikator D 3 - Anzahl von privaten Kfz je 1000 Einwohner
- S. 25 - Indikator D 4 - Restmüllaufkommen in kg pro Einwohner und Jahr
- S. 26 - Indikator D 5 - Abwassermenge in m³ je Einwohner und Jahr
- S. 27 - Indikator D 6 - Energieverbrauch in kWh je Einwohner und Jahr
- S. 28 - **Handlungsfeld E - Natur und Freizeit**
- S. 28 - Indikator E 1 - Veränderung / Bilanzierung von Naturhaushalt und Landschaftsbild in m² durch städtisches Handeln
- S. 29 - **Handlungsfeld F - Geschlechtergerechtigkeit**
- S. 29 - Indikator F 1 - Deckung des Bedarfs an Kinderbetreuungseinrichtungen bis zur ganztägigen Betreuung von Kindern von 0 bis 14 Jahren in jedem Ortsteil im Vergleich zu den vorhandenen Betreuungsplätzen

Zusammenfassung

Die Stadt Rheinberg liegt am linken Niederrhein und hat eine Fläche von 75 km² bei gut 32.000 Einwohnern. Diese verteilen sich auf 4 Ortsteile mit zusammen 13 Wohnplätzen. Rheinberg ist ländlich strukturiert und grenzt direkt an das westliche Ruhrgebiet an. Wie in anderen Städten gibt es auch in Rheinberg vielfältige gesellschaftliche Probleme, die zu bewältigen sind. Hierzu ist es notwendig, unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Gruppierungen an gemeinsam festgelegten Zukunftszielen zu arbeiten.

Auf der Grundlage der Ergebnisse der Konferenz in Rio 1992 wurde 1998 vom Rat der Stadt beschlossen, auf kommunaler Ebene die Agenda 21 um zu setzen. Im Jahr 2000 wurde darüber hinaus mit dem Stadtmarketingprozess begonnen. Nach der Erarbeitung eines gemeinsamen Leitbildes von Agenda 21 und Stadtmarketing und der Realisierung erster Agendaprojekte wurde von den Agendaakteuren erkannt, dass für eine nachhaltige Stadtentwicklung verbindliche und aufeinander abgestimmte Ziele für alle Handlungsfelder in einem Gemeinwesen notwendig sind.

Der Stadt wurde von den Agendaakteuren angeboten, unter dem Namen Stadtentwicklung nachhaltiges Rheinberg 2030+ ein entsprechendes Konzept unter Einbindung von Politik, Bürgerinnen und Bürgern, Gruppen, Organisationen sowie den Unternehmen zu erarbeiten. Daraus entstand ein kommunales Nachhaltigkeitsmanagementkonzept, mit dessen Umsetzung der Rat der Stadt die Verwaltung in 2004 beauftragte sowie ein erster Orientierungsrahmen.

Neben der Organisation von Nachhaltigkeit in der Stadtverwaltung sowie der Vernetzung bürgerschaftlicher Arbeit galt es, Bestandsdaten als Zustandsbeschreibung der kommunalen Handlungsfelder zu erheben, Ziele für die zukünftige Stadtentwicklung zu formulieren, diese mit Zielwerten zu qualifizieren sowie einen Handlungsrahmen festzulegen.

Dies gelang unter Einbindung der innerhalb der Stadtverwaltung gebildeten Projektgruppe Nachhaltigkeit, der bürgerschaftlichen Lenkungsgruppe und einer Arbeitsgruppe aus der örtlichen Politik.

Mit dem nun vorliegenden ersten Nachhaltigkeitsbericht soll zukünftig – in Verbindung mit den bestehenden anderen Planungsgrundlagen wie Seniorenplan, Einzelhandelskonzept, Flächennutzungsplan, Kindergartenbedarfsplan, Schulentwicklungsplan, Tourismuskonzept usw. – die Steuerung der Stadtentwicklung erfolgen. Er dient zukünftig auch als Grundlage für die Beratung zur Bereitstellung von Finanzmitteln.

Daneben soll über die öffentliche Diskussion zu nachhaltigem Handeln die Transparenz und das Verständnis erhöht werden.

Aus der nachfolgenden Übersicht sind die im Prozess entwickelten 6 Handlungsfelder einschl. der 21 Nachhaltigkeitsindikatoren dargestellt.

Abgebildet ist der jeweilige Istzustand sowie der anzustrebende Zielwert für das Jahr 2020.

Handlungsfelder und Nachhaltigkeits-Indikatoren

	Handlungsfeld A – Wirtschaft, Arbeiten und Wohnen	Istzustand	Ziel 2020	Handlungsbedarf
A 1	Verhältnis von Arbeitsplätzen zu Erwerbsfähigen in %	49 %	54 %	👉👉👉
A 2	Kaufkraft-Kennziffer in %	103,7	115-120	👉👉
A 3	Kontakte zu Betrieben und Einrichtungen	80	150	👉👉👉
A 4	Anteil der Menschen, die Einrichtungen der Grundversorgung innerhalb von 10 Min. Fußweg ab Wohnung nicht erreichen	9.000	9.000 – 5.000	👉👉👉
A 5	Kfz-Fahrten je Tag gesamt im Stadtgebiet	106.000	100.000	👉👉
A 6	Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsfläche pro Einwohner und Jahr in m ²	3 m ²	1 m ²	👉👉👉
	Handlungsfeld B – Soziale Stadt			
B 1	Anteil der Hilfeempfänger an der Gesamtbevölkerung	726	530	👉👉👉
B 2	Anteil der Bürgerinnen und Bürger in den Ortsteilen in Prozent, die älter als 70 Jahre sind	teilweise > 15 %	10 – 15 %	👉👉
B 3	Anzahl der aktiven Sportler im Verhältnis zur Anzahl aktiver Übungsleiter	40 : 1	32 : 1	👉👉
B 4	Anteil aller nicht Deutschen an der Wohnplatzbevölkerung in %	max 9,25 %	Max 6 %	👉👉👉
	Handlungsfeld C – Erziehung und Bildung			
C 1	Anzahl d. i. Rheinberg angebotenen Ausbildungsplätze	80	120 - 130	👉👉👉
C 2	Teilnehmer an Bildungsangeboten, aufgeschlüsselt nach Zielgruppen	1.374	Ca. 2.000	👉👉👉
C 3	Anzahl der Beratungsfälle beim Schulpsychologischen Dienst	32	Ca. 60	👉👉👉
	Handlungsfeld D – Energie, Umwelt und Mobilität			
D 1	Energiebilanz städtischer Gebäude in kWh je m ²	140 kWh	130 kWh	👉👉
D 2	Installierte Leistung in kWp und Anzahl von Fotovoltaikanlagen	18 Anl. 170 kWp	250 Anl. 2.500 kWp	👉👉👉
D 3	Anzahl von privaten Kfz je 1000 Einwohner	466	400	👉👉
D 4	Restmüllaufkommen in kg pro Einwohner und Jahr	174 kg	140 kg	👉👉
D 5	Abwassermenge in m ³ je Einwohner und Jahr	42 m ³	35 m ³	👉👉👉
D 6	Energieverbrauch in kWh je Einwohner und Jahr	2.100 kWh	1.800 kWh	👉👉👉
	Handlungsfeld E – Natur und Freizeit			
E 1	Veränderung/Bilanzierung von Naturhaushalt und Landschaftsbild in m ² durch städtisches Handeln	100 %	100 %	👉👉👉
	Handlungsfeld F – Geschlechtergerechtigkeit			
F 1	Deckung des Bedarfs an Kinderbetreuungseinrichtungen bis zur ganztägigen Betreuung von Kindern von 0 bis 14 Jahren in jedem Ortsteil im Vergleich zu den vorhandenen Betreuungsplätzen	100 % für 3 -14 Jährige; 15 % für unter 3-Jährige	100 %	👉👉

Grundlage

Das Wort Nachhaltigkeit hat seinen Ursprung im 16. Jahrhundert und bezeichnet einen weit-sichtigen Umgang der Holzbauern mit ihrer wirtschaftlichen Grundlage, dem Wald.

Es wurde nur so viel Holz geschlagen und verkauft, wie auch nachwachsen konnte.

Diese eigentlich selbstverständliche Vorgehensweise stellt das einfache Prinzip des „nicht über seine Verhältnisse leben“ dar.

Da dieses Prinzip der Nachhaltigkeit politisch aber nicht gelebt wurde, verabschiedeten 189 Staatsoberhäupter im Jahr 1992 die als Aktionsplan für das 21. Jahrhundert bekannt gewordene Agenda 21.

Deren wesentlichstes Element ist die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft im Gleichgewicht zwischen Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik.

Das heißt konkret: Die natürlichen Lebensgrundlagen und Ressourcen unserer Erde sind so behutsam zu bewirtschaften, dass sie den Ansprüchen einer wachsenden Weltbevölkerung genügen und auch künftigen Generationen Entwicklungschancen und Freiräume für ein menschenwürdiges Leben erhalten.

Diese Aufgabe muss von uns allen erfüllt werden.

Deshalb hat der Rat 1998 beschlossen, die aus dem internationalen Agenda- Beschluss abgeleitete lokale Agenda 21 umzusetzen.

Daraufhin bildeten sich in den ersten 2 Jahren ehrenamtliche Arbeitsgruppen, durch die dementsprechende Projekte angeregt und erarbeitet wurden.

Außerdem wurde ein Leitbild für Rheinberg formuliert.

Danach ist in einem ca. 2 Jahre dauernden Prozess mit über 150 Mitwirkenden aus Politik, Bürgerschaft und Verwaltung eine riesige Projektliste und ein Konzept für das langfristige Steuern der Entwicklung Rheinbergs zu mehr Nachhaltigkeit erarbeitet worden.

Das vom Rat im Mai 2004 beschlossene Stadtentwicklungskonzept „Nachhaltiges Rheinberg 2030+“ stellt das zusammenfassende Ergebnis dar.

Konkrete Zielsetzungen wurden jedoch noch nicht beschlossen.

Die Verwaltung wurde beauftragt, das Konzept mit Leben zu füllen.

Deshalb wurde verwaltungsintern die Projektgruppe Nachhaltigkeit gebildet.

Sie hat die Aufgabe, das Thema Nachhaltigkeit in der Alltagsarbeit der Verwaltung zu versteinen, d.h. Planungen und Entscheidungen unter einer ganzheitlichen Betrachtungsweise vorzunehmen.

Dies erfordert vor allem Weitblick, einen Blick über den jeweils eigenen Arbeitsbereich hinaus, Teamarbeit, frühzeitige Abstimmung und eine noch bessere gemeinsame Planung sowie Kooperationsfähigkeit, Transparenz und Kompromissbereitschaft innerhalb der Verwaltung, aber auch im Zusammenwirken mit Bürgerschaft und Politik.

Weitere Voraussetzung für das beschlossene Nachhaltigkeitsmanagement ist zuerst einmal:

- die Erfassung der Ist- Situation
- danach folgen:
- das Formulieren von Teilzielen und Zielen einschließlich deren Zielwerte,
 - die Einführung eines Berichtswesens, um das Nachhaltigkeitsmanagement zu steuern

Aus dem im Stadtentwicklungskonzept 2030+ empfohlenen Orientierungsrahmen wurden von der Projektgruppe Nachhaltigkeit die vorgeschlagenen Leitindikatoren geprüft und ergänzt. Von den jeweils zuständigen Fachbereichen wurden die Basiswerte erhoben.

Vorschläge für die Zielwerte der Jahre 2010 und 2020 wurden erarbeitet.

Die aus bürgerschaftlichen Vertreterinnen und Vertretern gegründete Lenkungsgruppe Stadtentwicklung Rheinberg 2030+ sowie eine Arbeitsgruppe von Politikern ergänzten die Vorarbeit um ihre Vorstellungen.

Mittels der gewählten Leitindikatoren soll die Gesamtsituation des gesellschaftlichen Lebens und die Entwicklung in Bezug auf Nachhaltigkeitsaspekte abgebildet und in Richtung der Ziele und Zielwerte gesteuert werden.

Ein wichtiger Aspekt für die Zielerreichung im Rahmen nachhaltiger Entwicklung ist eine geordnete Finanzsituation mit einem ausgeglichenen Haushalt. Auf einen speziellen Indikator für den Bereich Finanzen wird daher verzichtet.

Die Grobsteuerung obliegt dem Rat der Stadt Rheinberg und dem Verwaltungsvorstand, die dabei von den Fachbereichsleitungen unterstützt werden.

Das Ergebnis ist in diesem 1. Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Rheinberg zusammengefasst.

Die Feinsteuerung in der Verwaltung

Um auf der Arbeitsebene (Projektebene) die Verwaltungsarbeit steuern zu können, ist ein Leitindikator zu grob definiert. Hier bedarf es der Beschreibung von handlungsfeldbezogenen Fein- oder Arbeitsindikatoren mit zugehöriger Zielsetzung. Diese sind quasi die Stellschrauben oder die Zahnräder eines Getriebes, die ineinander greifen und passend gemacht werden müssen, um insgesamt zu funktionieren.

Dazu ein Beispiel aus dem Bereich Abfall:

Leitindikator für Abfallentsorgung ist die Menge Restmüll in kg je Einwohner und Jahr.

Wie kann der zuständige Fachbereich nun die Verringerung (gemäß dem zuvor formulierten Ziel) erreichen?

Es gibt viele Stellschrauben hierzu, z.B.:

- Optimierung der Biomüllerrfassung (mehr Biomüll separat erfassen, um auf diese Weise weniger Biomüll im Restmüll zu haben)
- Förderung/Erhöhung der Eigenkompostierung (alles Eigenkompostierte landet weder im Biomüll noch im Restmüll)
- Optimierung der Wertstofferrfassung wie Altpapier, Altglas usw.
- Bewusstseinsbildung zum Konsumverhalten, aber auch zum Angebot von langlebigen Produkten anstatt von Billigware, die das Müllaufkommen deutlich erhöht
- Gebührenanreize (zur Nutzung der Biotonne, zur Eigenkompostierung usw.)

Wie ist der Nachhaltigkeitsbericht aufgebaut ?

Jeder Leitindikator steht für ein Handlungsfeld.

Hierzu sind allgemeine Ausführungen gemacht, um das jeweilige Thema zu beschreiben.

Dann wird die Situation in unserer Stadt kurz dargestellt, um auf dieser Basis Ziele zu formulieren und darzustellen.

Sofern Messdaten dazu aus den Vorjahren vorliegen, ist die Entwicklung aus der Ist-Situation heraus bis zur Zielerreichung tabellarisch und/oder bildlich dargestellt.

Zur Darstellung der Dringlichkeit wird der Handlungsbedarf genannt und symbolisch dargestellt.



bedeutet hohen Handlungsbedarf



bedeutet „Aufgepasst“, über Maßnahmen nachdenken



bedeutet „kein Handlungsbedarf“

Die Handlungsfelder

A. Handlungsfeld Wirtschaft, Arbeit und Wohnen

Indikator A 1

Verhältnis von Arbeitsplätzen zu Erwerbsfähigen in Rheinberg in Prozent

Aktuell steht die Verlängerung der Lebensarbeitszeit zur Diskussion.

Gleichzeitig werden die sich verschlechternde schulische Bildung, der immer spätere Eintritt ins Berufsleben, der Abbau von Arbeitsplätzen, fehlende Ausbildungsplätze und hohe Lohnnebenkosten etc. bemängelt.

Darin spiegelt sich die augenblickliche gesellschafts- und wirtschaftspolitische Problematik wieder.

Durch die organisatorische Änderung der Zuständigkeit für Hilfeempfänger im Jahr 2005 (Hartz IV) und deren Umdefinierung liegen für 2005 keine verwendbaren Zahlen vor.

Ist-Situation:

Aufgrund fehlender kompletter Zahlen über die Arbeitsplätze vor Ort, aber auch einer offiziellen Erwerbsfähigen-Definition, wurde die Anzahl der Arbeitsplätze als sozialversicherungspflichtig registrierte Beschäftigte zugrunde gelegt, auch wenn somit die geringfügig Beschäftigten herausfallen.

Dies ist gerechtfertigt, da es Ziel sein muss, nicht die Zahl der geringfügig Beschäftigten zu erhöhen, sondern die der festen Arbeitsverhältnisse.

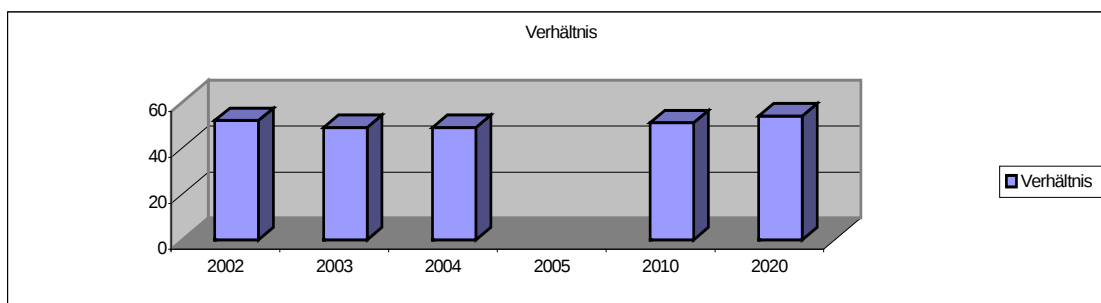
Als grundsätzlich erwerbsfähig wurde das Gesamtbevölkerungspotenzial im Alter zwischen 18 und 65 Jahren definiert.

Während die Zahl der potenziell Erwerbsfähigen noch steigt (grundsätzlich positiv und gewollt), verringert sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten jährlich, auch in Rheinberg (2002 = 52 %; 2003 = 49 %; 2004 = 49%).

Für 2004 stehen in absoluten Zahlen gesehen 21.409 potenziell Erwerbsfähigen 10.398 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte gegenüber.

Bei gleichbleibender Erwerbsfähigkeitszahl bedeutet eine Erhöhung der Anzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter um 500 eine Verbesserung des Verhältnisses um $0,02 = \text{plus } 2\%$.

Verhältnis von Arbeitsplätzen zu Erwerbsfähigen in Rheinberg in Prozent



Ziel:

- Ziel ist die Vollbeschäftigung
- Die Zahl der Arbeitsplätze ist bis 2010 um 500 und bis 2020 um 1600 (um 5 % auf 54 %) zu steigern.
- Die Zahl der Ausbildungsplätze von derzeit unter 100 ist bis 2020 auf jährlich 120 bis 130 zu steigern.

Handlungsbedarf – hoch bis sehr hoch



- Frühzeitige Zusammenarbeit zwischen Schule und Betrieben bietet die Chance, motivierte und bedarfsgerecht ausgebildete Nachwuchskräfte zu gewinnen.
- Die Wohn-, Lebens- und Standortbedingungen sind so zu gestalten, dass Betriebe vor Ort bleiben, sich optimieren, expandieren, sich neue zukunftsfähige Betriebe ansiedeln und gut qualifizierte Arbeitnehmer auch nach Rheinberg ziehen. Entsprechende Flächen für die Ansiedlung von Gewerbe/Betriebe und für bezahlbare Wohnungen sind im Flächennutzungs- bzw. Bebauungsplan auszuweisen und zu entwickeln.
- Aufbau eines Netzwerkes "Rheinberger Betriebe" mit dem Ziel der Vermittlung gesellschafts- und sozialpolitischer Verantwortung zum eigenen Vorteil und zur Verbesserung der Arbeitsplatz- und der gesamtwirtschaftlichen Situation in Rheinberg.
- Verbesserung des Vertrauensverhältnisses zwischen Betrieben, Standortgemeinde und Genehmigungsbehörden zwecks Erhöhung der Planungs- und Standortsicherheit sowie der Effizienz (z.B. könnte durch die Einsparung von 75.000 € auf Grund von Ökoprotifikmaßnahmen ein Arbeitsplatz erhalten werden).

Indikator A 2

Kaufkraftkennziffer (Kaufkraft/Umsatz)

Die Einzelhandelskennziffern werden von der IHK jährlich erhoben und der Wirtschaftsförderung zur Verfügung gestellt.

Als Kaufkraft der Verbraucherhaushalte bezeichnet man das in privaten Haushalten für Konsumzwecke verfügbare Einkommen. Das ist derjenige Betrag, der pro Haushalt vom Einkommen verbleibt, nachdem alle regelmäßig wiederkehrenden Zahlungsverpflichtungen (z. B. Wohnungsmieten, Kreditraten, Versicherungsprämien) bedient wurden. In der Regel wird die Kaufkraft als auf das monatliche Einkommen bezogene Größe dargestellt.

Der Umsatz ist eine wichtige Kenngröße zur Beurteilung eines Unternehmens. Dazu werden Umsatzkennzahlen gebildet, mit deren Hilfe die Leistungskraft des eigenen Unternehmens mit

anderen Unternehmen verglichen wird, aber auch die eigenen Entwicklung abgelesen werden kann.

Ist-Situation

Die Wirtschaftsförderung will die Einzelhandelskennziffern positiv beeinflussen, und zwar sowohl die Kaufkraft der BürgerInnen (z.B. durch Erhaltung von Arbeitsplätzen und Ausbildungsplätzen) als auch die Umsatzzahlen der örtlichen Betriebe (durch Marketingmaßnahmen bzw. Standortsicherung).

Statistik: Einzelhandelsrelevante Kaufkraft in Rheinberg

Jahr	Einzelhandelsrelevante Kaufkraft	Einzelhandelsrelevante Kaufkraft	Kaufkraftkennziffer
1999	157,3 Mio Euro	5.156,5 Euro/Einwohner = 0,365 promille/Einwohner	98,3/Einwohner
2001	166,9 Mio Euro	5.381,1 Euro/Einwohner = 0,374 promille/Einwohner	99,2/Einwohner
2003	165,8 Mio Euro	5.228,0 Euro/Einwohner = 0,386 promille/Einwohner	100,3/Einwohner
2005	171,5 Mio Euro	5.356,0 Euro/Einwohner = 0,402 promille/Einwohner	103,7/Einwohner

Ziel:

- Stetige Steigerung der Einzelhandelskennziffern um jährlich 1 %

Handlungsbedarf: mittel bis hoch

- Vermeidung von Leerständen in den Innenstädten
- Vermarktung der freien Gewerbeflächen in den Gewerbegebieten
- Ausbau der Marketingmaßnahmen für den Wirtschaftsstandort Rheinberg,
- Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen

Indikator A 3

Kontakte zu Betrieben/Einrichtungen

Eine wesentliche Aufgabe der Wirtschaftsförderung ist die Bestandspflege. Ein guter und vertrauensvoller Umgang mit den in der Stadt ansässigen Betrieben ist wichtig, um die Attraktivität des Standortes Rheinberg langfristig zu erhalten und somit Arbeits- und Ausbildungsplätze am Ort zu sichern. Ein wesentliches – wenn nicht das wichtigste – Element der Bestandspflege ist das persönliche Gespräch „vor Ort“ als vertrauensbildende Maßnahme.

Ist-Situation

Es ist Tagesgeschäft in der Wirtschaftsförderung, persönlichen Kontakt zu Rheinberger Betrieben herzustellen und insbesondere Betriebsbesuche durchzuführen, um sich ganzheitlich um die Belange der Gewerbetreibenden zu kümmern. Hierbei werden die unterschiedlichsten Fragestellungen behandelt - sei es die Vermarktung von Gewerbeflächen/-immobilien, Fragen zu Förderungen, Fragen zu behördlichen Genehmigungen, Durchführung von Veranstaltungen etc.

Derzeit können für den Geschäftsbereich der Wirtschaftsförderung ca. 80 qualifizierte – also über ein Telefonat hinausgehende - Betriebskontakte/Jahr verzeichnet werden.

Ziel:

Allgemeines Ziel sind vertrauensbildende Maßnahmen zwischen Stadt und Betrieben, die zu verstärkter Kooperation, gemeinsamen Planungen und gemeinsamer Verantwortung für die Stadtentwicklung führen. Die Anzahl der Kontakte zu Betrieben/Einrichtungen am Standort Rheinberg ist somit ein aussagefähiger Indikator für die Arbeit der Wirtschaftsförderung. Ziel sollte eine jährliche Steigerung von ca. 5 % sein.

Handlungsbedarf: mittel bis hoch 🙌🙌🙌

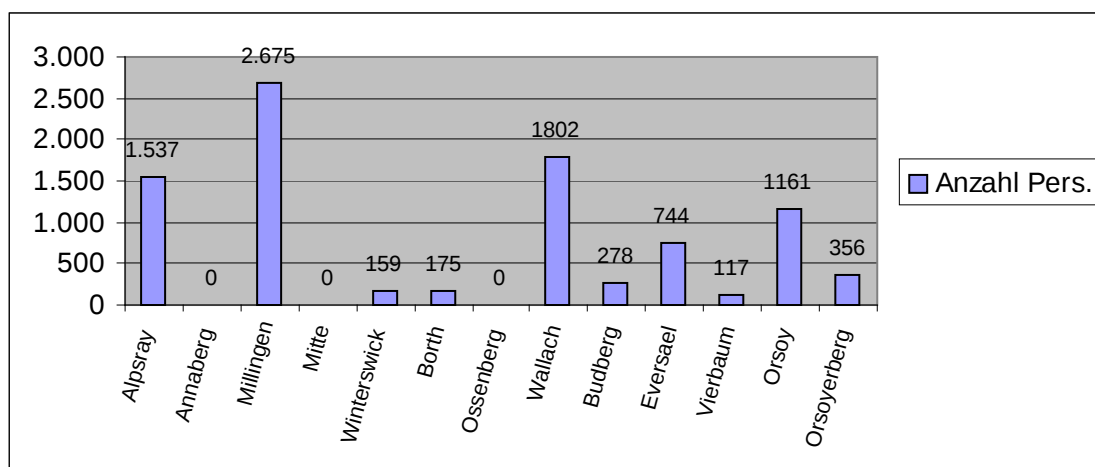
- Ausbau der Kontakte bzw. Betriebsbesuche durch die städtische Wirtschaftsförderung, den Bürgermeister, den Ausschuss für Stadtmarketing und Kultur

Indikator A 4**Anteil der Menschen, die Einrichtungen der Grundversorgung innerhalb von 10 Minuten Fußweg ab Wohnung nicht erreichen**

Rheinberg hat 13 Wohnquartiere mit Einwohnerzahlen zwischen 10.000 (Mitte) und 160 (Winterswick). Die historischen Siedlungsinfrastrukturen, hier vor allem Läden für den täglichen Bedarf/die Grundversorgung, werden nach Erreichen des Renteneintrittsalters der derzeitigen Besitzer zunehmend aufgegeben, bzw. es erfolgen keine Übernahmen, sofern nach heutigen Marktchancen die Potenziale von Kunden für ein bestimmtes Einzugsgebiet unterschritten sind. Ohne ortsteilnahe Grundversorgung verlieren Ortsteile an Attraktivität, obwohl unsere Gesellschaft weiterhin autoorientiert ist und sein wird. Unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung ist die Aufgabe bzw. das Fehlen von Angeboten zur Deckung des täglichen Bedarfs als äußerst problematisch anzusehen.

Ist-Situation:

Bereits heute verfügen mehrere Ortsteile nicht mehr über eine ausreichende Nahversorgung, andere nur noch teilweise. Derzeit wird das Rheinberger Einzelhandelskonzept diskutiert. Hierbei geht es sowohl um die allgemeine Stärkung der Innenstadt, als auch um die Grundversorgung. Hierzu wurden erstmals aktuelle Daten ermittelt. Danach verfügen knapp 30 % der Rheinberger (= gut 9.000) Bürger über keine ausreichende Grundversorgung in einer fußläufigen Entfernung von 10 Minuten ab Wohnung.

Anteil der Menschen, die Einrichtungen der Grundversorgung innerhalb von 10 Gehminuten ab Wohnung nicht erreichen

Ziel:

- Erhalt mindestens des vorhandenen Grundversorgungsstandards..
- Ggfs. Verbesserung der Rahmenbedingungen durch Neubaugebiete für junge Familien in Millingen, Orsoy/Orsoyerberg/Vierbaum, um die Ansiedlung eines Nahversorgers zu erreichen (Reduzierung um 3000 Einwohner, die bisher eine Grundversorgung innerhalb von 10 Gehminuten nicht erreichten).

Handlungsbedarf: mittel bis hoch

- Motivation und Information der Bevölkerung, nicht nur Läden mit Billigangeboten oder Läden auf der „grünen Wiese“ zu frequentieren, sondern auch die vorhandenen ortsnahen Angebote wahrzunehmen und zu stützen mit dem Ziel, diese nicht auch noch zu verlieren. Entsprechende Konsequenzen sind aufzuzeigen.
- Bauland in z.B. Millingen, Orsoy, Vierbaum ausweisen und junge Familien ansiedeln, damit die Einwohnerzahl steigt und sich deshalb z.B. die Errichtung von Läden zur Grundversorgung wirtschaftlich rechnet..

Indikator A 5**Kfz-Fahrten je Tag gesamt im Stadtgebiet**

Der bundesweit immer weiter zunehmende Kfz-Verkehr spiegelt zum einen die zunehmende räumliche Trennung verschiedener durch den Menschen wahrgenommener Tätigkeiten wie z.B. Wohnen, Arbeiten, Freizeit aber auch Einkaufen wieder. Auf der anderen Seite bringt der zunehmende Kfz-Verkehr eine Fülle von Gefährdungen/Belästigungen mit sich, die im Extremfall zu Unfällen aber auch zu Lärmbelästigungen und Umweltgefährdung z. B. durch zusätzliche Versiegelung von Natur und Landschaft für den Bau neuer Straßen führen. Die Gesamtzahl der insgesamt auf dem Stadtgebiet stattfindenden Kfz-Fahrten bietet sich als Indikator zur Beurteilung der hier stattfindenden Veränderungen an, da eine Steigerung bzw. Reduzierung unmittelbar aufzeigt, ob unternommene Handlungen z.B. bei der Siedlungsentwicklung durch Durchmischung unterschiedlicher Nutzungen, beim Angebot des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) oder Anreize zum Umsteigen auf des Fahrrad zu Erfolgen führen oder die Anstrengungen zu steigern sind.

Ist-Situation

Tendenziell nahm und nimmt der Motorisierte Individualverkehr (MIV) auch in Rheinberg zu. Derzeit erfolgen 106.000 Kfz-Fahrten je Tag im Stadtgebiet. Das ÖPNV-Angebot in der Flächengemeinde Rheinberg wurde zwar verbessert. Aber in anbetracht erheblicher Kosten für eine Attraktivitätssteigerung (Takterhöhung, Fahrpreissenkung, Linienabstimmung ..), verbunden mit einer gesteigerten Nutzung des ÖPNV und gleichzeitiger Verminderung der Kfz-Nutzung, kann das Angebot kaum verbessert werden.

Kfz-Verkehrsaufkommen in Rheinberg im Jahr 2005

Verkehrsart	Verkehrsaufkommen	
	Kfz-Fahrten/Tag	%
Binnenverkehr	40.000	38
Quell- und Zielverkehr	57.000	54
Durchgangsverkehr	9.000	8
Gesamtverkehr	106.000	100

Binnenverkehr:	Fahrten, die innerhalb der Stadt Rheinberg stattfinden
Quell- und Zielverkehr:	Fahrten, die zwischen Rheinberg und den Umlandgemeinden stattfinden
Durchgangsverkehr:	Fahrten zwischen den Umlandgemeinden über das innerstädtische Straßennetz (ohne A 57 und B 58)

Ziel:

Beibehaltung bzw. wenn möglich Reduzierung der Zahl der Kfz-Fahrten am Tag dauerhaft auf unter 100.000 Fahrten durch

- Verbesserung des Angebotes des straßen- bzw. schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs von derzeit 1291 Fahrten (ohne) bzw. 4095 Fahrten (mit Schülerverkehr) je Werktag bis 2010 auf 2000 (ohne) bzw. 4800 (mit) und bis 2020 auf 3000 (ohne) und 6000 Fahrten je Werktag (mit).
- Steigerung der Inanspruchnahme alternativer Verkehrsmittel, insbesondere des Fahrrades (von derzeit ca. 1 – 2 % Anteil an Fahrten von und zur Arbeit bis 2020 auf dann mindestens 5 %).
- Schaffung wohnortnaher Freizeit- und Einkaufsmöglichkeiten insbesondere für den täglichen Bedarf (siehe auch Indikator A 4).

Handlungsbedarf – hoch

- Schaffung sicherer Rad- und Fußwege zur Schule bzw. zum Kindergarten und
- Aufklärungsarbeit der Bevölkerung (z.B. zum selbständigen und sicheren Aufenthalt von Kindern und Jugendlichen im Straßenraum durch Nutzung des Rades anstatt vielfältiger elterlicher Hol- und Bringfahrten mit dem Kfz).
- Sensibilisierung der Bevölkerung und der hier Arbeitenden für gemeinsame Kfz-Nutzungen, z.B. im Rahmen von Pendlernetz für Fahrten zur Arbeit.
- Nutzung des Rades für Freizeitstrecken, Einkauf, Kurzstrecken bis 3 km, Fahrten zur Arbeit bis mindestens 5 km.

Indikator A 6**Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsfläche pro Jahr in m²**

Die Flächeninanspruchnahme nimmt bundesweit durch den Bau von Straßen/ Erschließungswegen, Wohnraum und Gewerbeansiedlungen zu. Durch neue Verkehrsbänder gerade durch bisher zusammenhängende Naturflächen werden diese stark verkleinert und die Lebenswelt beeinträchtigt. Versiegelung hat Auswirkungen auf den Abfluss von Niederschlagswasser, leise Naherholungsräume, Bodenverunreinigungen usw.

Ist-Situation

Wie im gesamten Bundesgebiet nimmt auch in Rheinberg der Anteil der versiegelten Fläche an der Gesamtfläche stetig zu. Gründe hierfür liegen in der Siedlungstätigkeit, die auch in Zukunft aufgrund des steigenden Wohnflächenverbrauchs pro Einwohner trotz der demographischen Entwicklung gegeben sein wird. Ebenfalls ist im gewerblichen Bereich festzustellen, dass durch Verlagerungen aus beengten innerstädtischen Standorten in Gewerbegebiete bzw. durch Neuansiedlungen Flächenansprüche vorhanden sind. Aufgrund der heutigen Produktionsweisen bzw. aus logistischen Ansprüchen heraus wird dabei in erster Linie auf großflächige eingeschossige Gewerbegebäude gesetzt, die entsprechende Grundstücksgrößen und Verkehrsflächen bedingen. Letztlich ist mit der Schaffung von Wohngebieten bzw. gewerblichen Gebieten auch die Errichtung von Verkehrsflächen verbunden.

Entwicklung der Siedlungsfläche in Rheinberg in m²

Nutzungsart	2001	2004
Siedlungsfläche	973,17	1005,06
Verkehrsfläche	207,98	209,18
Gesamt	1181,15	1214,24

Anmerkung: Siedlungsfläche besteht aus Bauflächen, Gemeinbedarfsflächen und Flächen für die Ver- und Entsorgung

Ziel:

Reduzierung des Flächenverbrauchs von derzeit 10 ha /Jahr (= 3 m² je Einwohner und Jahr) bis 2010 auf 2 m² je Einwohner und Jahr und bis 2020 auf 1 m² je Einwohner und Jahr

Handlungsbedarf – hoch



- Wiedernutzung von Brachflächen
- Verdichtung vorhandenen Baugebiete und Reduzierung von Baugebieten auf der „grünen Wiese“
- Flächensparende Bauweisen sowohl bei Wohngebieten als auch bei gewerblichen Baugebieten
- Schaffung von Alternativen zum Kfz-Verkehr
- Verzicht auf bzw. flächensparende Errichtung von Verkehrsflächen

Handlungsfeld Soziale Stadt

Indikator B 1

Anteil der Hilfeempfänger an der Gesamtbevölkerung

Zur dauerhaften Aufrechterhaltung/Erreichung des sozialen Friedens in unserer Gesellschaft sollen möglichst viele Menschen erwerbstätig sein und nicht durch Dritte unterhalten werden. Durch Angebote zur Erziehung und zur Bildung sowie durch fachkundige Betreuung für verschieden gut qualifizierte Menschen müssen diese so gut ausgebildet werden, dass sie wieder einen Arbeitsplatz finden.

Ist-Situation

Durch Neudefinition und Zusammenlegung von Sozialhilfe- und Arbeitslosengeldempfängern ist die Datengrundlage für 2005 nicht eindeutig und tendenziell unklar.

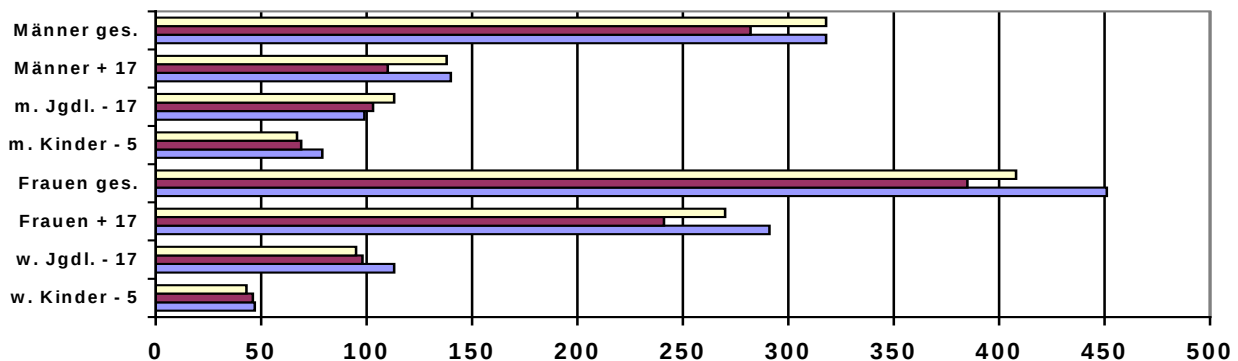
Es sind mehr Frauen als Männer Hilfeempfänger.

Von 720 Hilfeempfängern sind derzeit 318 Kinder und Jugendliche.

Ziel:

- Grundsätzlich sollte in Rheinberg langfristig niemand hilfeabhängig sein.
- Da mit der Arbeitslosigkeit von Erwachsenen sehr oft auch hilfeabhängige Kinder und Jugendliche verbunden sind, muss vorrangig versucht werden Familien aus dem Hilfeverhältnis zu bringen.
- Eine Verminderung der Hilfeabhängigen, ausgehend von bisherigen Zahlen (2004 = 726, bis zum Jahr 2010 auf 680 und bis 2020 auf 530) ist anzustreben.

Anteil der Hilfeempfänger an der Gesamtbevölkerung



Handlungsbedarf – hoch bis sehr hoch



- Erziehungs- und Bildungsvoraussetzungen in sozialschwachen Familien verbessern
- Arbeitsplätze schaffen zu Gunsten des Einsatzes von Technik und Energie
- Betreuungsangebote verbessern
- Arbeitsplätze vor Ort schaffen

Indikator B 2

Anteil der Bürgerinnen und Bürger in den Ortsteilen in Prozent, die älter als 70 Jahre sind

Unsere Gesellschaft wird immer älter. Eine vitale Stadt- und Ortsteilentwicklung erfordert es, dass die einzelnen Ortsteile eine nicht zu unterschiedliche Altersstruktur aufweisen. Des Weiteren ist die Infrastruktur in den Ortsteilen auf unsere älter werdende Gesellschaft mit ihren Bedürfnissen auszurichten.

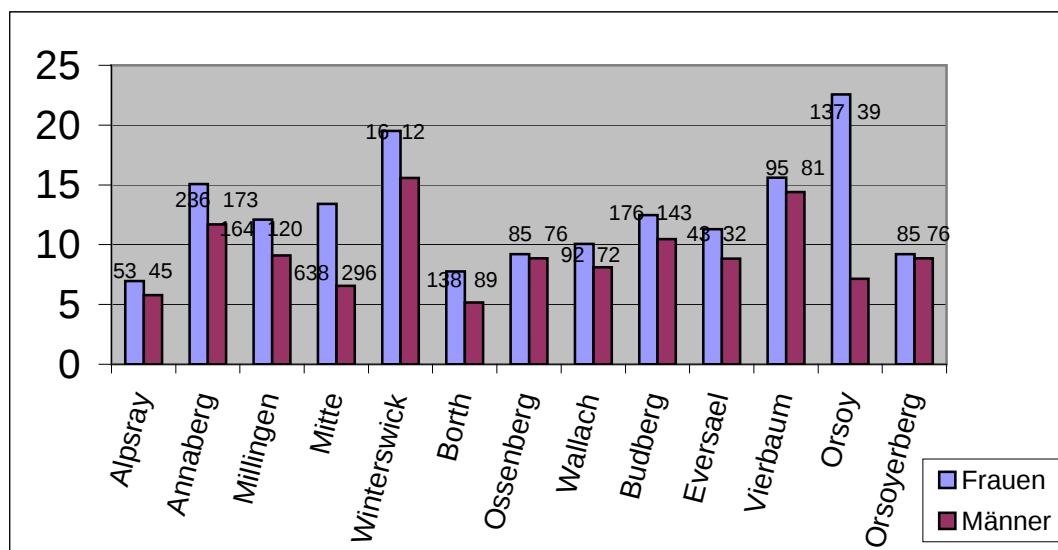
Ist-Situation

Der Anteil der Frauen an der Bevölkerung ist höher als der der Männer; Frauen werden im Durchschnitt auch älter als Männer. Dementsprechend gibt es 30 % (= 1254) mehr Seniorinnen als Senioren in Rheinberg. Im Durchschnitt liegt der Anteil der über 70-jährigen in den Ortsteilen bei 10-15 %. Während der Unterschied zwischen Frauen und Männern in Orsoy und Rheinberg-Mitte auf Grund der dort befindlichen Senioren- und Pflegeheime sehr groß ist, ist die Bevölkerung in Alpsray und Borth „jünger“ und z.B. in Annaberg und Vierbaum „älter“. Das hängt damit zusammen, dass die in den 60er Jahren besiedelten Ortsteile heute nahezu ausschließlich von den damals jungen Eltern bewohnt werden, und junge Familien ohne neu ausgewiesene Baugebiete nicht dazu ziehen.

Ziel

- Ausgewogene Altersstruktur unter Berücksichtigung der über 70-jährigen in allen Ortsteilen.
- Rechtzeitige Ausweisung von Neubaugebieten für junge Familien, bevor in den Ortsteilen die Abweichung vom Durchschnitt zu groß wird.

Anteil der Bürgerinnen und Bürger in den Ortsteilen in Prozent, die älter als 70 Jahre sind



Handlungsbedarf – mittel



Ausgewogenes Wohnungsangebot unter Berücksichtigung der Alterstruktur.

Indikator B 3

Anzahl aller aktiven Sportlerinnen und Sportler im Verhältnis zur Anzahl aktiver qualifizierter Übungsleiterinnen und Übungsleiter in Prozent

Freizeit und Sport nehmen in unserer Gesellschaft einen zunehmend hohen Stellenwert ein. Dies ist zu begrüßen, weil sich damit die Lebensqualität und das Wohlbefinden verbessern und auch die Gesundheit gefördert wird.

Damit die Bürgerschaft sportlich aktiver werden kann, sind allerdings attraktive Sportangebote mit qualifizierter Anleitung durch dementsprechend gut ausgebildete Übungsleiterinnen und Übungsleiter notwendig.

Neben der sportlichen Aktivität im Verein können wir beobachten, dass Trendsportarten auch ohne Vereinszugehörigkeit oder qualifizierte Anleitung ausgeübt werden.

Ist-Zustand

Die Datengrundlage ist zurzeit schwer zu erheben, weil in den meisten Vereinen eine Differenzierung zwischen Mitgliedern und aktiven Mitgliedern noch nicht üblich ist.

Deshalb weist die ermittelte Zahl von 6256 Sportler zu 157 qualifizierten Übungsleitern (Verhältnis = 40 : 1) vorerst noch nicht das gewünschte Verhältnis der aktiven Sportler zu den Übungsleiterinnen und Übungsleitern aus, sondern das aller Sportvereinsmitglieder. Zukünftig soll die Zahl der aktiven Sportlerinnen und Sportler, auch getrennt nach Geschlecht und nach Altersklassen ermittelt werden.

Ziel:

- Verbesserung des Angebotes durch mehr qualifizierte Übungsleiter.
- Verbesserung des Verhältnisses von derzeit 40:1 auf zukünftig 37:1 (2010) bzw. 32:1 (2020).
- Sobald die Zahlen über die aktiven Sportlerinnen und Sportler vorliegen, müssen neue Zielzahlen definiert werden.

Handlungsbedarf – mittel

- bedarfsorientierte Angebote machen
- Angebote nicht in Konkurrenz, sondern in Absprache und Ergänzung zwischen allen Anbietern machen
- Übungsleiterinnen und Übungsleiter qualifizieren
- qualifizierte Anleitung auch für Trendsportarten anbieten

Indikator B 4**Anteil aller nicht Deutschen an der Wohnplatzbevölkerung in Prozent**

Unsere Gesellschaft setzt sich aus Menschen unterschiedlicher Nationalitäten, Kulturen und Religionen zusammen.

Trotz dieser verschiedenen Grundprägungen, welche die Bürgerinnen und Bürger aus dieser Herkunft heraus haben, muss das Leben in unserer Stadt so organisiert sein, dass möglichst kein sozialer Zündstoff entsteht.

Beste Möglichkeit dies zu erreichen ist die Eingliederung von Bürgerinnen und Bürgern in unsere Gesellschaft.

Dazu sind das Erlernen unserer Sprache und die Toleranz der Lebensweise der jeweils anderen Grundvoraussetzung.

Daneben können durchaus eigene Traditionen gelebt werden, wenn sie nicht grundsätzlich gegen die Normen des Grundgesetzes verstoßen wie z.B. die Zwangsehe. Insofern ist die Achtung der Grundwerte der Verfassung ein wichtiger Teil des gesellschaftlichen Zusammenlebens.

Zur optimalen Eingliederung ist eine angemessene Verteilung der nicht Deutschen über das Stadtgebiet vorteilhaft.

Anderenfalls besteht die Gefahr der Ghattobildung, von der weit reichende negative Auswirkungen auf alle Bereiche einer Gesellschaft ausgehen.

Ist-Situation

Im Jahre 2005 lebten 1.427 (= 4,54 %) nicht Deutsche bzw. Migranten im Stadtgebiet Rheinberg, davon 719 Frauen und 708 Männer.

Das Verhältnis Frauen zu Männern entspricht auch dem durchschnittlichen Verhältnis männlich/weiblich der Deutschen in den Ortsteilen.

In Rheinberg-Mitte besteht mit einem Anteil von 9,25 % Migranten gegenüber dem Durchschnitt eine starke Abweichung, die durch eine starke Ballung im Bereich der Reichelsiedlung verursacht wird.

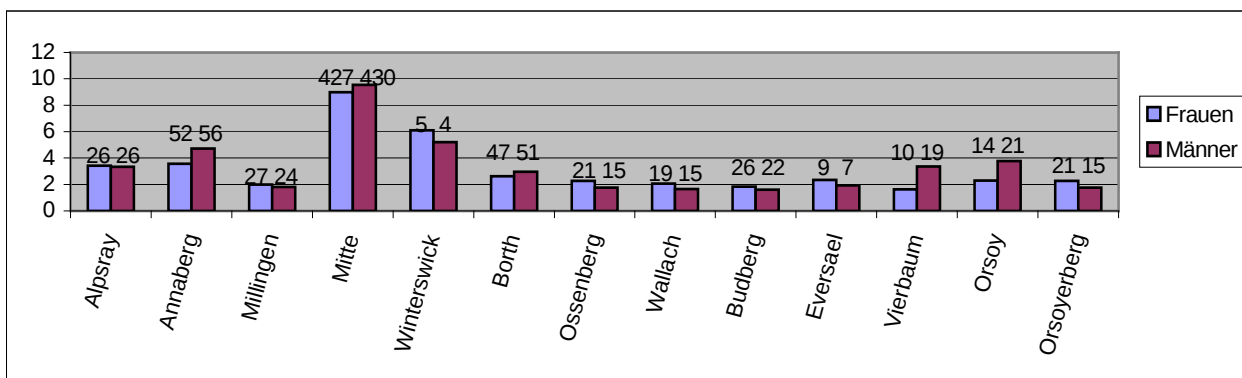
Der Anteil der Spätaussiedler ist mit 45 Personen insgesamt vernachlässigbar.

In Rheinberg Mitte stellen 298 Menschen mit türkischer Nationalität die insgesamt stärkste Gruppe, gefolgt von 109 Personen aus Serbien und 107 Personen aus Bosnien (von insgesamt 857 in Rheinberg-Mitte).

Ziel

- Ausgewogene Verteilung der nicht Deutschen auf alle Ortsteile
- Foren bilden, in denen Jung und Alt, Frauen und Männer, Deutsche und nicht Deutsche gemeinsam etwas tun
- Verminderung des Anteils nicht Deutscher in den Ortsteilen in der Spitze von derzeit 9,25 % bis 2010 auf 8 % und bis 2020 auf 6 %

Anteil aller nicht Deutschen an der Wohnplatzbevölkerung in Prozent



Handlungsbedarf – hoch



Insbesondere im Bereich der Reichelsiedlung ist die Einbindung aller Gruppierungen vor Ort zur gemeinsamen Lebensraumgestaltung sowie Organisation und Planung des Miteinanders strukturell zu unterstützen.

- Entsprechende Maßnahmen müssen in anderen Ortsteilen in Gang gesetzt, gefördert und unterstützt werden.

C. Handlungsfeld Erziehung und Bildung

Indikator C 1

Anzahl der in Rheinberg angebotenen Ausbildungsplätze

Der Lebenswert in einer Kommune zeichnet sich auch dadurch aus, dass neben dem sonstigen Angebot für den allgemeinen Bedarf und einem gesunden Wohnumfeld, vor allem auch ortsnahe Arbeits- und Ausbildungsplätze vorhanden sind.

Davon profitieren Arbeitgeber und Arbeitnehmer bzw. Auszubildende gleichermaßen.

Betriebe, die ausbilden, investieren nicht nur in ihre Standortsicherheit und in eine zukünftige positive Standortentwicklung, sondern Sie werden damit auch ihrem gesellschaftspolitischen Anteil an der Verantwortung für die zukünftigen Generationen gerecht.

Allerdings sind eine frühzeitige Abstimmung zwischen Schule und Bildungsinhalten sowie den Ausbildungsanforderungen unabdingbare Voraussetzungen für den Ausbildungserfolg.

Ist-Situation

Eine vollständige Datenerhebung aus allen Innungen liegt nicht vor.

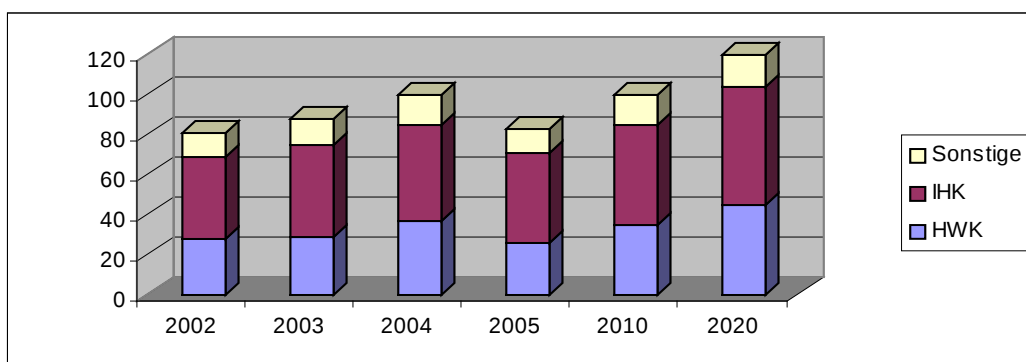
Allgemeine Erfahrungen zeigen jedoch, dass das Handwerk, die Industrie und der Handel/ die Dienstleistung ca. 85 % aller Ausbildungsplätze stellen.

Die Zahlen sind erfasst und entsprechend hochgerechnet, bisher aber noch nicht geschlechtsspezifisch differenziert worden.

Die derzeitige Problematik besteht u. a. darin, dass durch Mehrfachbewerbungen der Ausbildungsplatzsuchenden und durch fehlende Rückmeldungen nach Abschluss eines Ausbildungsvertrages eine transparente Bedarfszahl für Ausbildungsplätze nicht sicher angegeben werden kann.

So kommt es z. B. vor, dass Auszubildende sich trotz Abschluss eines Ausbildungsvertrages noch für einen anderen Ausbildungsplatz oder den weiteren Besuch der Schule entscheiden.

Anzahl der in Rheinberg angebotenen Ausbildungsplätze



Ziel:

- Allgemeines Ziel ist, ausreichend Ausbildungsplätze für alle Qualifikationen bereitzustellen.
- Bewusstseinsbildung in den Betrieben für die Schaffung von Ausbildungsplätzen, für 2010 möglichst wieder 100, für 2020 ca. 120 bis 130.
- Schaffung von Lehrplätzen nicht nur für Hochqualifizierte, sondern auch für Schulabgängerinnen und Schulabgänger mit geringerer Qualifikation.
- Frühzeitige Abstimmung zwischen den Bildungsträgern und den Ausbildungsplatzanbietern bezüglich der Anforderungen im Blick auf die Vorbildung und die Zielsetzung in den jeweiligen Ausbildungsberufen (bereits für die Unterrichtsinhalte ab Klasse 5, spätestens aber ab Klasse 7).
- Anzahl der Kooperationen zwischen Betrieben und Schulen steigern (mindestens bis 2010 um je 1 Kooperation pro Jahr), und diese um die Einbindung der Eltern ausdehnen. Mit den Kooperationen früher beginnen (ab Klasse 5 bzw. 7).
- Bis 2010 sind verpflichtende Beratungs- und Informationsgespräche für Eltern und Kinder ab Klasse 7, bis 2015 ab Klasse 5 einzuführen.
Ein Lehrstellenpool auch für Minderqualifizierte ist bis 2008 aufzubauen.

Handlungsbedarf : - hoch bis sehr hoch



- Erhöhung der Zahl der Betriebe, die an der Ausbildungsplatzbörse teilnehmen, ebenso die der Schulen, Klassen sowie der Schülerinnen und Schüler
- Betriebe sensibilisieren für die Ausbildung eigenen Nachwuchses, incl. Schaffung von Rahmenbedingungen, die eine langfristige Bindung der selbst ausgebildeten jungen Menschen an den Betrieb fördern.
- Unterrichtsinhalte (und Projekte) bereits für die Schülerinnen und Schüler ab Klasse 5 bzw. 7 mit den Anforderungen der Betriebe abstimmen.
- Bildung einer Bildungskommission, bestehend aus Verantwortlichen der heimischen Betriebe und Lehrern unterschiedlicher Schulformen.
- Frühzeitige verpflichtende Beratungs- und Infogespräche für Eltern und Jugendliche ab Klasse 7 bzw. 5 unter Einbindung von Sozialpädagogen, Lehrern, Erziehern und Mitarbeitern von Betrieben, die ausbilden einführen.
- Elternführerschein anbieten

Indikator C 2**Teilnehmer an Bildungsangeboten, aufgeschlüsselt nach Zielgruppen (Arbeitnehmer, Senioren, Migranten ...)**

Unsere gesellschaftliche Entwicklung macht neben einem hohen Maß an Flexibilität auch ein lebenslanges Lernen erforderlich.

Dies gilt sowohl für die berufliche Qualifikation und Weiterbildung als auch für den persönlichen Anspruch nach Wissenserwerb.

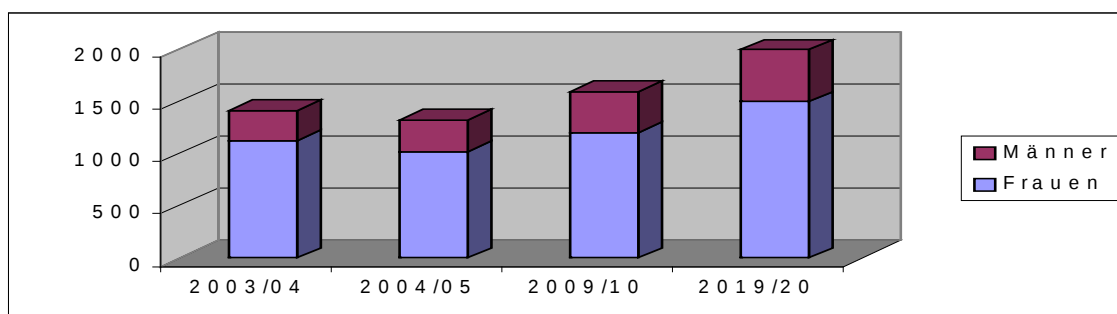
Dem sollten alle Bildungsträger vor Ort Rechnung tragen. Dabei dürfen die Bildungsträger nicht miteinander konkurrieren, sondern sie müssen ihre Angebote gegenseitig bedarfsorientiert ergänzen.

Ist – Situation

Die Daten- Ersterfassung gestaltet sich schwierig, da es sich bei der Volkshochschule um einen Zweckverband der Kommunen Alpen, Rheinberg, Sonsbeck und Xanten handelt.

Eine Erfassung nur für Rheinberg wurde erstmals vorgenommen.

Erfassungsdaten von weiteren Bildungsträgern und Einrichtungen liegen noch nicht vor. Auffällig ist die mehrheitliche Inanspruchnahme durch weibliche Teilnehmer, die sich aber mit den landesweiten Daten deckt.

Teilnehmerzahl an Bildungsangeboten (Volkshochschule) pro JahrZiel:

- Die Nutzung der qualitativ und quantitativ verbesserten Angebote sind sukzessive durch Inanspruchnahme von Kursteilnehmern zu erhöhen (VHS: von derzeit 1374 bis 2009/10 auf 1600 und bis 2019/2020 auf 2000).

Handlungsbedarf - mittel bis hoch

- Bedarfsermittlung, Weckung des Bedarfs und Motivation bei Zielgruppen wie Betrieben, Migranten, Senioren; Abstimmung sowie Optimierung der Bildungsangebote untereinander, aber auch mit den Betrieben.
- Neben VHS-Angeboten sind alle Angebote, auch anderer Bildungsinstitutionen, nach Zielgruppe zu erfassen.
- Zielgruppenorientiert Ansprache und Angebote sind bedarfsgerecht auszubauen.
- Die Angebote sind untereinander bedarfsorientiert abzustimmen (z.B. durch die Einrichtung eines „Runden Tisches“ aller Weiterbildungsanbieter in Rheinberg).

Indikator C 3**Anzahl der Beratungsfälle beim Schulpsychologischen Dienst**

Aufgrund von veränderten Rahmenbedingungen, von Arbeits- und Lebensverhältnissen und verbunden mit einer zunehmenden Individualisierung sowie der Abnahme verlässlicher familiärer Lebensverhältnisse entstehen Erziehungs- und Verhaltensprobleme.

Häufig können derartige Probleme nicht mehr ohne fremde Hilfe gelöst werden.

Für die derartig Betroffenen bedeutet es eine erhebliche Hürde, den Schritt zur professionellen Hilfe durch Dritte einzugehen.

Ist-Situation

Für das Jahr 2005 wurden erstmals 32 Beratungsfälle ermittelt, wobei nicht nach männlich/weiblich unterschieden wurde.

Deshalb ist eine Trendaussage noch nicht möglich.

Wir haben jedoch den Eindruck, dass die Anzahl von Auffälligkeiten bei Kindern in Kindergärten- und in der Schule zunimmt.

Ziel:

- Den Betroffenen soll möglichst frühzeitig durch die schulpsychologische Beratung geholfen werden.
- Vorbeugende Maßnahmen sollen dazu führen, dass die zeitliche Inanspruchnahme einer aufwendigen Folge-Beratung verkürzt wird und langfristig Nachsorge- und Beratungsaufwendungen reduziert werden.
- Im Rahmen des schulpsychologischen Dienstes müssen die Früherkennung und die Vorbeugung einen höheren Stellenwert erhalten. Die Beratungszahlen (zur Prophylaxeuntersuchung) sind bis 2010 auf 40, und bis 2020 auf mindestens 60 Fälle zu steigern.

Handlungsbedarf – hoch

Vorbeugung mit dem Schwerpunkt einer früheren und intensiveren Erziehungsunterstützung, einer besseren Unterstützung gefährdeter Familien, dem Elternführerschein und der früheren Zusammenarbeit zwischen Eltern, Kindergarten mit den professionellen Beratungsstellen.

D. Handlungsfeld Energie, Umwelt und Mobilität**Indikator D 1****Energiebilanz städtischer Gebäude in kWh/m² und Jahr**

Die Stadt Rheinberg betreibt eine Vielzahl von Liegenschaften, für deren Nutzung und Unterhaltung Energie benötigt wird.

Um die Kosten dafür im Griff zu halten, gibt es verschiedene Möglichkeiten, die Heiztechnik, oder auch die Isolierung von Wänden, des Daches, der Kellerdecke oder der Glasfronten wärmetechnisch hochgradig zu optimieren.

Darüber hinaus kann Einfluss auf das Nutzerverhalten genommen werden.

Um die vorgenannten Einsparpotenziale zu nutzen, sind in einigen Bereichen dafür allerdings erheblichen Investitionen für Sanierung und Optimierung notwendig.

Da die Energiepreise voraussichtlich nicht mehr auf ein erträgliches Niveau sinken werden, ist die öffentliche Hand gut beraten, Sanierungsstaus auf Kosten zukünftiger Generationen zu vermeiden und energetische Optimierungen baldmöglichst durchzuführen.

Dies ist in jedem Fall besser, als das Geld der Steuerzahler im wahrsten Sinne des Wortes „durch den Kamin“ zu blasen.

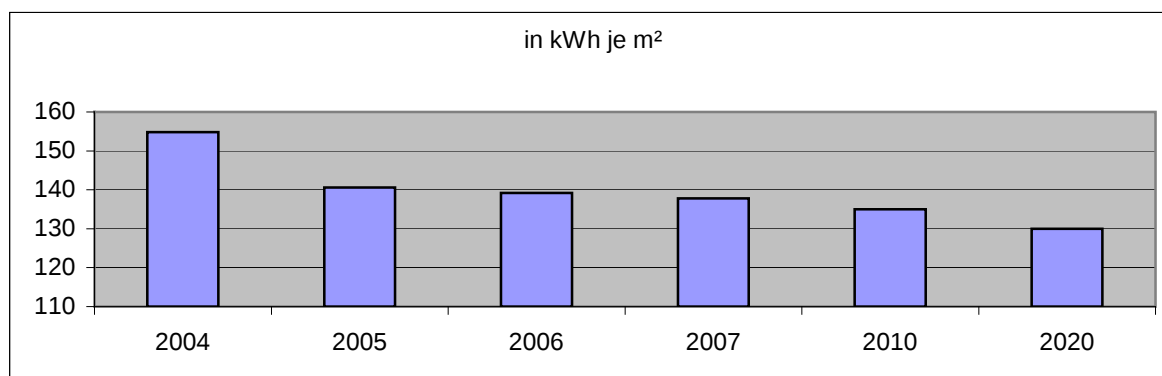
Ist-Situation:

Im Jahre 2005 verfügt die Stadt über ca. 120 Gebäude, von denen rund 50 öffentlich genutzt werden.

Die Immobilienwirtschaft erfasst augenblicklich die Bruttogrundfläche als Bemessungsgröße. Bis 2006 sind diverse Heizungsoptimierungen aber auch Gebäudesanierungsmaßnahmen durchgeführt worden, so dass zusammen mit Veränderungen auch von Beleuchtungssystemen usw. die Energieverbräuche in öffentlichen Gebäuden kontinuierlich gesenkt werden konnten. In diesem Jahr hat die Verwaltung als Betrieb an dem Projekt Ökoprofit teilgenommen und wird versuchen, im Bereich von Stadthaus und Dreifachturnhalle des Schulzentrums Einsparpotenziale zu erzielen.

Darüber hinaus wird eine Sanierungsprioritätenliste ständig aktualisiert. Ein Gebäude-Energiemanagement wird derzeit aufgebaut.

Energieverbrauch aller öffentlich genutzten Gebäude je m² Bruttogrundflächenzahl



Ziel:

Der Energieverbrauch der öffentlich genutzten Gebäude soll von derzeit 140 kWh je m² Bruttogrundfläche bis 2010 auf 135 kWh und bis 2020 auf höchstens 130 kWh reduziert werden..

Handlungsbedarf – mittel



- Energetische Sanierung optimieren
- Zukunftsweisende Technik und Standards dabei berücksichtigen.
- Von Dritten wenig beeinflussbare Techniken einsetzen, um überflüssige Energieverbräuche zu verhindern (durch Gebäudeautomation, z.B. bei der Beleuchtung durch Einsatz von Bewegungsmeldern, bei Heizenergie durch den Einsatz von Leittechnik).
- Nutzerverhalten-Aufklärung und Kampagnen zur Sensibilisierung.
- Beteiligung von Vereinen und Nutzern an Verbrauchskosten, z.B. in Sporthallen.

Indikator D 2

Installierte Leistung in kWp und Anzahl von Fotovoltaikanlagen

Aufgrund steigender Energiepreise, zunehmender Abhängigkeit von Energielieferanten, CO₂-relevanten Emissionen vieler fossiler Energieträger oder eines nicht auszuschließenden Restrisikos durch Atomkraftwerke kommt dem Energiemix mit einem steigendem Anteil regenerativer Energie eine hohe Bedeutung zu.

Daneben ist eine Optimierung kommerzieller Energiekraftwerkstechniken, verbunden mit einer Effizienzsteigerung notwendig.

Die Veränderungen des Klimas, mit verursacht durch jahrzehntelange Verschwendung von Energie und damit verbundenem CO₂-Ausstoß, werden zunehmend mehr wahrnehmbar und erreichen auch unsere Regionen.

Ist-Situation:

Die Stadt fördert seit 1993 (erstmalig im Bebauungsplangebiet Mühlenhof) die Nutzung regenerativer Energien (hier Solar).

Bei der Vermarktung städtischer Grundstücke im Bereich Douffsteg in Borth wurde entsprechend den Kriterien des Modellprojektes 50 Solarsiedlungen NRW das Erreichen eines definierten Energiestandards gefördert.

Diese Förderung wurde auch bei der Vermarktung im Bereich des Bebauungsplanes Graf-Luitpold-Straße/ Mittelstraße in Ossenberg fortgesetzt.

Darüber hinaus wurden in den letzten Jahren von Privatpersonen zunehmend mehr thermische Solaranlagen zur Warmwasserbereitung und teilweise Heizungsunterstützung installiert.

Dazu kamen Wärmepumpen in Verbindung mit Erdwärmenutzung und Solaranlagen, sowie in jüngster Zeit verstärkt die Nutzung von Holzpellets zu Heizzwecken.

Die Lokale Agenda 21 initiierte zwischen Ossenberg und Millingen fünf unter Nachhaltigkeitskriterien geplante und in Betrieb genommene Windkraftanlagen als Bürgerwindräder, deren Stromproduktion in 2005 ca. 7,5 Mill. kWh betrug.

Die seit 1997 stillgelegte Mülldeponie Winterswick produziert (jährlich stark abnehmend) nutzbares Deponiegas, welches über ein Blockheizkraftwerk in Strom umgewandelt und in das Netz eingespeist wird (in 2005 ca. 2,6 Mill. kWh).

Die Zahl der installierten Fotovoltaikanlagen nimmt zu:

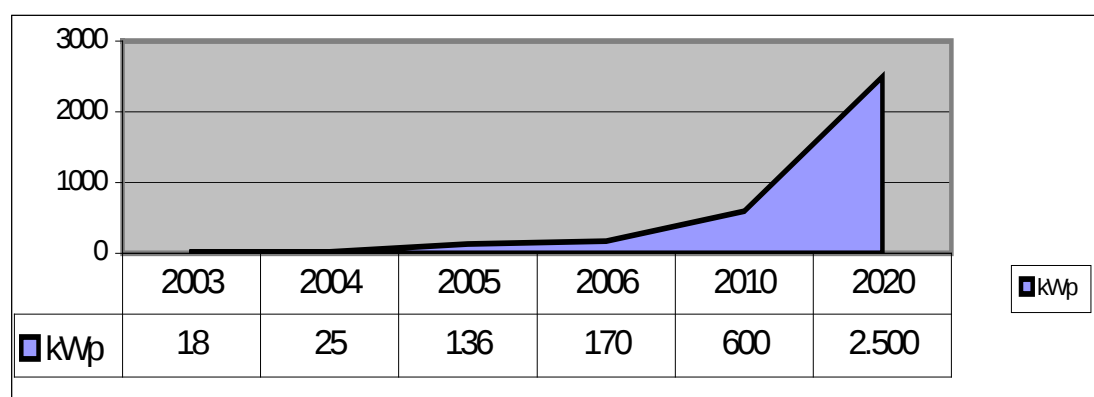
2003 = 6 Anlagen mit 13.950 kWh und installierter Leistung von 18 kWp

2004 = 9 Anlagen mit 19.290 kWh und 25 kWp

2005 = 12 Anlagen mit 102.410 kWh und 136 kWp

2006 = 18 Anlagen mit 127.000 kWh und 170 kWp

Installierte Leistung der Fotovoltaikanlagen in Rheinberg in kWp



Ziel

- Die Zahl der Fotovoltaikanlagen ist bis 2010 auf mindestens 50, und bis 2020 auf mindestens 250 zu erhöhen.
- Damit verbunden ist die Erhöhung der Nennleistung bis 2010 auf 600 kWp und bis 2020 auf 2.500 kWp, wodurch die Stromproduktion von derzeit 127.000 kWh pro Jahr bis 2010 auf ca. 480.000 kWh und bis 2020 auf mindestens 2.000.000 kWh pro Jahr steigen soll.

Handlungsbedarf – hoch

- Insgesamt ist der Anteil von vor Ort verträglich produziertem Strom und Energie aus regenerativer Energie zu erhöhen (Erdwärme, Holz, Holzpellets, Biogas usw.).
- Der Baubestand ist energetisch zu optimieren und Neubauten sind im Jahre 2012 zu mindestens 50 % in Zukunftsstandards zu errichten (Heizwärmebedarf maximal 35 kWh/ m²).
- Gewerbegebiete, aber auch Baugebiete sind zukünftig nach Möglichkeit mit hocheffizienter Energietechnik zur Energieversorgung auszustatten.
- Die Anlagenzahl und die installierte Leistung von Fotovoltaikanlagen ist zu steigern, sowie die m²-Fläche bzw. Anlagenzahl thermischer Solaranlagen.
- Durch die Auszeichnung und Bekanntmachung existierender guter Beispiele vor Ort wird für das Energiebewusstsein und entsprechende Maßnahmen geworben.

Indikator D 3**Anzahl von privaten Kfz je 1.000 Einwohner**

Neben dem Heizwärmebedarf ist der Energiebedarf für die individuelle Mobilität, hier vor allem durch private Pkw, der größte Energieverbraucher der Privathaushalte.

Wegen der vor Ort fehlenden Arbeitsplätze, der Nähe bzw. „Entfernung“ zu Einkaufsstätten und Freizeitangeboten im Umland, der „zersiedelten“ Wohnstruktur von Rheinberg, vor allem aber wegen des nur bedingt als Alternative wahrgenommenen Bus- und Bahnangebotes werden mittlerweile oft auch zwei und mehr Pkw pro Haushalt vorgehalten.

Bisherige Förderpauschalen für Pendler und dezentrales Wohnen kamen der Einwohnerentwicklung Rheinbergs einerseits zugute.

Andererseits zieht dies eine ständig wachsende, individuelle, meist motorisierte Mobilität nach sich.

Eine Bewusstseinsbildung und Motivation zur Nutzung von Alternativen wird seit Jahren betrieben.

Dennoch steht die PKW-Nutzung im Vordergrund.

Entsprechend der zunehmenden Privat- Pkw- Zahl werden die km-Leistung und damit verbunden die Belastungen wie Lärm, Gerüche und gesundheitsschädlicher Emissionen (Feinstaub, Ruß, Kohlenwasserstoff ...) steigen.

Durchschnittlich werden pro gefahrenen Autokilometer zwischen 100 und 150 g CO₂ ausgestoßen, dies sind bei durchschnittlich 12.000 geleisteten Jahreskilometern ca. 1,5 t CO₂/Jahr.

Ist-Situation:

In Rheinberg kommen auf 1000 Menschen ca. 466 privat genutzte Pkw.

Auf Indikator A 5 wird verwiesen.

Ziel:

Der Ist-Zustand ist mindestens zu bewahren.

Wenn möglich ist der Kfz-Bestand bis 2020 auf ca. 400 je 1000 Bewohner zu reduzieren.

Handlungsbedarf – mittel bis hoch

- Maßnahmen zur gemeinsamen Nutzung eines Autos, z.B. bei Fahrten zur Arbeit, zum Einkauf usw. sind zu ergreifen.
- In Betrieben und bei den Mitarbeitern ist ein Bewusstsein für das Mobilitätsproblem und Lösungsmöglichkeiten über die Einführung von betrieblichen Mobilitätsmanagementsystemen nachzudenken.

- Das vorhandene Bus- und Bahnangebot ist zu bewerben und über eine Zunahme der Nutzer auch eine qualitative Verbesserung des Angebotes zu erreichen, incl. einer einheitlichen Preis- und Tarifstruktur.
- Bewusstsein für die Nutzung des Fahrrads für Kurz- und Mittelstrecken (Einkauf, innerstädtische Wege, Fahrten zur Arbeit bis zu 5 oder 10 km) ist zu leisten. Entsprechende bauliche Rahmenbedingungen müssen erfolgen.

Indikator D 4

Restmüllaufkommen in kg pro Einwohner und Jahr

Durch unseren Wohlstand, die freie Marktwirtschaft und damit verbundene Philosophie, immer schnelllebigere Produkte und Konsumgüter auf den Markt zu bringen und erfolgreich zu bewerben, steigt der Gesamtkonsumumsatz ständig weiter.

Insgesamt belastet ein schnelllebiger Konsum neben dem Vorteil des Wirtschaftswachstums und des „in-seins“/mit der Mode gehen vor allem den Geldbeutel, die Gesundheit und die Umwelt.

Langlebige Produkte sind zum einen bei der Beschaffung teurer, halten aber wesentlich länger und sind qualitativ meistens hochwertiger.

Des Weiteren kommen in der Regel hochwertige und oft weniger schadstoffhaltige Grundstoffe zum Einsatz.

Durch die Langlebigkeit wird weniger Energie für die Produktion und für die Entsorgung aufgewendet, verbunden mit weniger Schadstofffrachten in Luft, Wasser, Boden oder auch direkt für den Menschen.

Ist-Situation

Abfallentsorgung erfolgte früher bei ausreichend großen Entsorgungskapazitäten (Deponien) günstig; deshalb wurde eine Trennung als überflüssig angesehen.

Hierdurch traten allerdings – auch wegen fehlender Dichtung der Deponien nach unten und oben – erhebliche Probleme für Boden und Grundwasser auf.

Zum Ressourcenschutz und zur Rohstoffeinsparung wurde ein Bewusstsein zur Kreislaufführung in Form von mehr Recycling durchgeführt, verbunden mit Energieeinsparung. Durch zunehmendes Recycling konnte jeder einfach und aktiv zum Umweltschutz beitragen und damit gleichzeitig Kosten sparen.

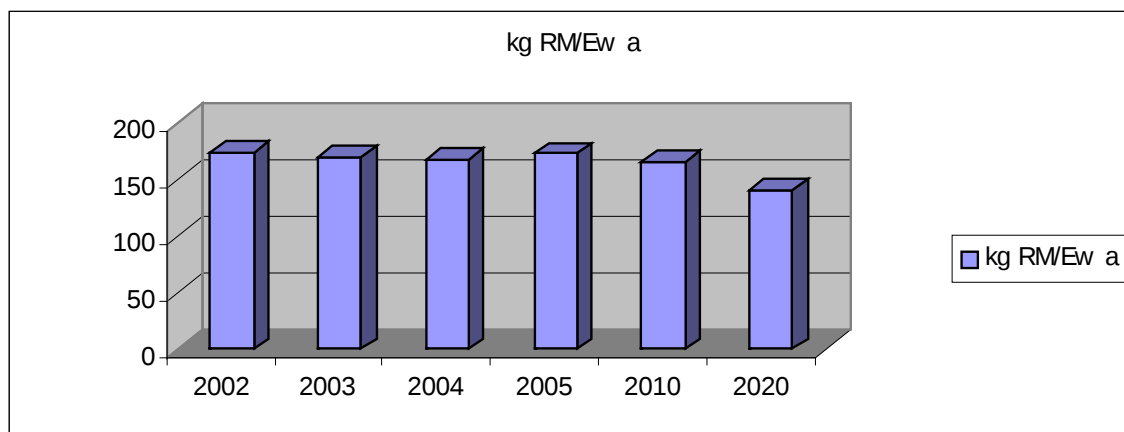
Durch zunehmende Recyclingbemühungen und durch das Wegbrechen der Gewerbeabfallmengen fehlten bei Inbetriebnahme des Abfall- Entsorgungs- Zentrums Asdonkshof dementsprechende Müllmengen zu dessen Auslastung, was zu steigenden Gebühren führte.

Um den steigenden Gebühren entgegenzuwirken, wurden in Rheinberg verschiedenste Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung und zur Trennung von verwertbaren Abfällen angeboten.

Dies führte zu einem erheblichen Anstieg von verwertbaren Abfallmengen und einer kontinuierlichen Absenkung des Pro-Kopf-Restmüllaufkommens.

Derzeit stagniert die Restmüllmenge.

Restmüllmenge in kg pro Einwohner und Jahr



Ziel:

- Reduzierung des Restmüllaufkommens von derzeit 174 kg/ EW und Jahr bis 2010 auf 165 kg und bis 2020 auf maximal 140 kg je EW und Jahr.

Handlungsbedarf – mittel



- Weitere Sensibilisierung für die Nutzung langlebiger Produkte.
- Bewerbung der Nutzung von Mehrwegprodukten.
- Werbung für eine verstärkte Eigenkompostierung (trockene Grünabfälle) und für die Nutzung der Biotonne (für Nassabfälle).
- Noch verwertbare Gebrauchsgegenstände nicht einer Entsorgung zuführen, sondern einer Weiterverwendung (z.B. Einrichtung einer Baustoffbörse, eines Altmöbellagers usw.).
- Reduzierung der Gebühren für die Biotonne als Anreiz zu deren Nutzung.

Indikator D 5

Abwassermenge in m³ je Einwohner und Jahr

Abwasser fällt aus Haushaltungen, Betrieben, von der Dachentwässerung sowie der Entwässerung von versiegelten Grundstücksflächen incl. Verkehrswegen an.

Teile des Niederschlagswassers werden ungeklärt direkt in Fließgewässer geleitet, verschmutzte sonstige Abwässer werden zwecks Reinigung in die Kläranlage abgeführt.

Je mehr Abwasser anfällt bzw. je höher die kurzfristige Abwassermenge ist, die zur Kläranlage abgeführt werden muss, und je höher die Schadstoffbelastung ausfällt, umso aufwendiger muss die Reinigungstechnik, die Beckenkapazität sowie Kapazität der Kanalisation sein.

Somit kommt der Vermeidung von Schadstofffrachten als auch der Vermeidung von Spitzenmengen beim Abwasseranfall in den Ortsteilen (für die Abwasserkanalisation) eine erhebliche finanzielle Bedeutung zu.

Wenn Rahmenbedingungen verlässlich so gestaltet sind, dass Schadstofffrachten und Spitzenmengen vermindert werden, so profitieren die Stadt und damit jeder Bürger.

Dies ist auch langfristig zu sehen, denn dadurch wird die Haltbarkeit der Kanalisation verlängert, welches wiederum die Sanierungen von Altanlagen erst zu einem späteren Zeitpunkt erforderlich werden lässt.

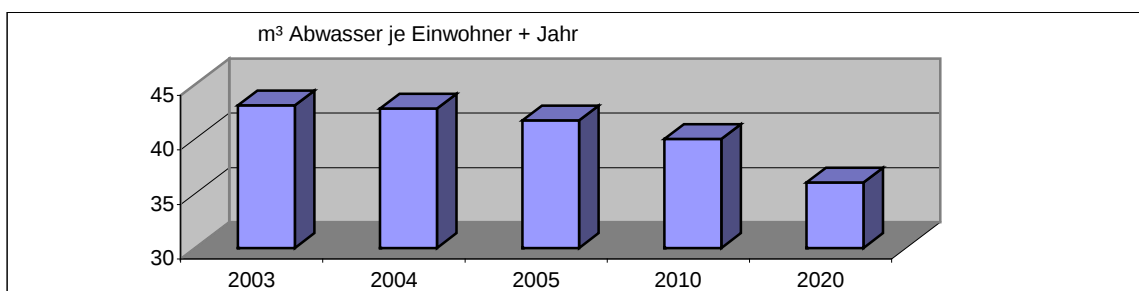
Ist-Situation

Da die Abwasserentsorgung nicht sichtbar ist und auch die Bezahlung für die Abwasserentsorgung einmal jährlich, jedoch nicht ständig präsent erfolgt, ist eine Sensibilisierung der Be-

völkerung weniger gut möglich als z.B. bei einer ständig sichtbaren und direkt spürbaren Belastung.

Die technischen Anforderungen und Auflagen für die Abwasserreinigung steigen, parallel dazu die Gebührenbelastungen – sofern nicht gegengesteuert wird.

Abwassermenge in m³ je Einwohner und Jahr



Ziel:

Reduzierung der Abwassermenge von derzeit 42 m³ je Einwohner und Jahr bis 2010 auf 39 und bis 2020 auf 35 m³ je Einwohner und Jahr.

Handlungsbedarf – mittel



- Abwasserspitzen sind planerisch zu vermeiden und somit zu installierende Abwasserkapazitäten nach Möglichkeit auf geringere Kapazitäten zu reduzieren.
- Die Abwasserbelastungen (Schadstofffrachten) sind zu reduzieren.
- Niederschlagswasser und unbelastete Abwässer sind nach Möglichkeit dezentral zu versickern oder zu versickern, wobei Niederschlagswasser auch hausintern als Brauchwasser eingesetzt werden kann.
- Flächenversiegelung ist auf ein Minimum zu begrenzen und versiegelte Flächen sind nach Möglichkeit zu entsiegeln.

Indikator D 6

Energieverbrauch in kW-Stunden je Einwohner und Jahr

Auf die bisher genannten Ausführungen zum Energieverbrauch wird verwiesen.

Die Erfassung der Energieverbräuche bezieht sich ausschließlich auf den Strom, weil die Nutzung von Holz, Heizöl oder Kohle nicht erfasst werden kann.

Ist-Situation:

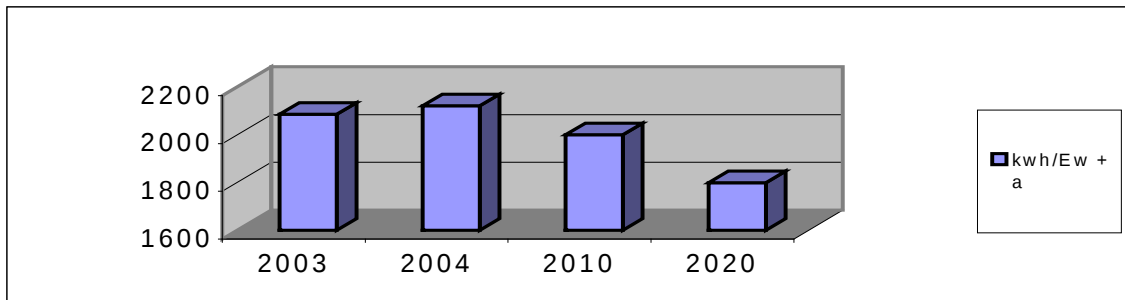
Ca. 60-70 % des Energieverbrauchs im Privathaushalt werden für die Raumwärme aufgewendet.

Darüber hinaus ist ein weiterer wesentlicher Faktor die Warmwasserbereitung (bis 15 %). Die zunehmende Nutzung elektrischer Geräte lässt trotz technischer Optimierung in Bezug auf den Energieverbrauch unseren Energiebedarf im Haushalt weiter ansteigen.

Hervorgerufen wird dies u. a. von der steigenden Zahl von Klein- und Singlehaushalten und der steigenden Nutzung im Bereich der Informationstechnik.

Steigende Energiekosten führen für den Einzelnen zu finanziellen Belastungen, der ungebremst steigende Energieverbrauch führt aber auch zu Ressourcenverknappung sowie zu Umwelt- und Klimabelastungen.

Energieverbrauch (Strom) im Haushalt in kWh je Einwohner und Jahr



Ziel:

Der derzeitige häusliche Energie(Strom)verbrauch von durchschnittlich ca. 2100 kWh je Einwohner und Jahr ist bis 2010 auf ca. 2000 kWh und bis 2020 auf höchstens 1800 kWh je Einwohner und Jahr zu senken.

Handlungsbedarf – hoch



- Reduzierung des Energieverbrauchs in Privathaushalten für den Bereich Heizung/Wärme.
- Reduzierung des Energieverbrauchs für den Bereich Strom (elektrische Geräte).
- Öffentlichkeitsarbeit und Beratung zur energetischen Haussanierung und Nutzung effizienter Heiztechnik.
- Öffentlichkeitsarbeit und Verbraucheraufklärung über energiesparende Elektrogeräte und Nutzerverhalten.

E. Handlungsfeld Natur und Freizeit

Indikator E 1

Veränderung / Bilanzierung von Naturhaushalt und Landschaftsbild in m² durch städtisches Handeln

Städtisches Handeln kann überall dort, wo es Flächen in Anspruch nimmt, zu negativen Auswirkungen auf den Naturhaushalt und das Landschaftsbild führen.

Dies betrifft nicht nur die direkte Einwirkung durch städtische Baumaßnahmen (Erschließung oder Hochbau) sondern auch die indirekten Einwirkungen durch Fachplanungen, wie z.B. der Bauleitplanung.

Das Bundesnaturschutzgesetz und das Landschaftsgesetz NRW regeln grundsätzlich, dass Eingriffe in Natur- und Landschaft zu vermeiden und unvermeidbare Eingriffe auszugleichen sind.

Mit diesem Indikator sollen die Auswirkungen städtischen Handelns auf den Naturhaushalt dokumentiert und die Qualität der Eingriffe und des Ausgleiches erfasst werden.

Da eine gesamtstädtische Bestandsaufnahme sowie die Bestandserfassungen in den Folgejahren zu aufwendig sind, fehlt eine Ist-Beschreibung.

Aus diesem Grund wurde als Indikator die Bilanzierung gewählt.

Ziel:

100 %- iger Ausgleich aller Eingriffe in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild durch Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen.

Handlungsbedarf – mittel bis hoch

- Erhaltung von ökologisch wertvollen Lebensräumen
- Anreicherung der Landschaft mit belebenden Strukturelementen
- Stabilisierung des Naturhaushaltes durch Biotopvernetzung
- Schaffung von natur- oder kulturraumtypischen naturnahen Biotoptypen als Lebensraum für gefährdete Pflanzen und Tierarten

F. Handlungsfeld Geschlechtergerechtigkeit**Indikator F 1****Deckung des Bedarfs an Kinderbetreuungseinrichtungen bis zur ganztägigen Betreuung von Kindern von 0 bis 14 Jahren in jedem Ortsteil im Vergleich zu den vorhandenen Betreuungsplätzen**

Das Familienbild in Deutschland hat sich in den vergangenen Jahrzehnten grundlegend gewandelt.

Frauen investieren heute ebensoviel in ihre Ausbildung wie Männer.

Sie haben damit den gleichen Anspruch auf eine Karriere.

Das hat auch die Familienplanung von Männern und Frauen beeinflusst.

Familie ist zwar noch immer das Zukunftsmodell unserer Gesellschaft, die Umsetzung von Familie gestaltet sich aber oft als schwierig.

Männer wollen heute auch erziehende Väter und nicht nur Ernährer sein.

Frauen wünschen sich die Vereinbarkeit von Kindern und Beruf.

Um dies umsetzen zu können, brauchen junge Familien Einkommen, Zeit für ihre Kinder im Berufsalltag und gute Betreuungsangebote.

Ist-Situation:

- 980 Betreuungsplätze in Regelgruppen, Tagesstätten und Blocköffnung in ganz Rheinberg stehen für 934 Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren seit dem 01.08.2005 zur Verfügung
- Für Kinder von 4 Monaten bis 3 Jahren besteht nur eine kleine altersgemischte Gruppe mit 7 Plätzen für unter 3-jährige. Dies entspricht einem Versorgungsgrad von 0,96 %. Nach einer in 2005 durchgeführten Befragung besteht ein Bedarf nach 36 Plätzen, davon im wesentlichen für das Alter nach Ende der Zahlung des Erziehungsgeldes (ab ca. 2 Jahren).
- Die Betreuungsbedarfe der Rheinberger Schulkinder sind offenbar ausreichend gedeckt. Hier gibt es noch freie Plätze.

Ziel:

- Erhalt der Versorgungsquote von 100 % für Kindergartenkinder von 3 bis 6 Jahren sowie die Schulkinderbetreuung. Für das Alter von unter 3-Jährigen ist das Ziel, bis 2010 den Bedarf zu 100 % zu decken, entsprechend des Angebotes von 30 bis 40 Plätzen.

Handlungsbedarf – mittel

- Flexible Öffnungszeiten der Einrichtungen für 3 bis 6-jährige Kinder, Über-Mittag-Betreuung und Freizeitbetreuung bis hin zur Ganztagsbetreuung der Kinder werden in allen Rheinberger Ortsteilen ausreichend angeboten.

- Flexible Betreuungsmöglichkeiten für Kinder von 4 Monaten bis 3 Jahren bis zur ganztägigen Betreuung sind für alle Kinder dieses Alters in allen Rheinberger Ortsteilen in Einrichtungen ausreichend gegeben.
- Schulkinderbetreuung erfolgt in allen Rheinberger Ortsteilen flexibel bis zur Ganztagsbetreuung